

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Josef Lausch

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Andreas Winhart

Abg. Daniel Halemba

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Sanne Kurz

Abg. Markus Rinderspacher

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Eingabe

Einwände gegen geplante Ankunftseinrichtung im Gewerbegebiet "Am Eckfeld 10" in Rott am Inn EB.0164.19

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich in seiner Sitzung am 27. November 2024 mit der Eingabe befasst und beschlossen, diese gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag der Staatsregierung als Material zu überweisen und der Petentin die Stellungnahme der Staatsregierung sowie einen Protokollauszug zu übersenden.

Die AfD-Fraktion hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen und über die Entscheidung des Ausschusses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen. – Zur Berichterstattung erteile ich zunächst dem Kollegen Lausch das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 9. Oktober 2023 wurde vom Landratsamt Rosenheim bekannt gegeben, dass in der Gemeinde Rott am Inn im Landkreis Rosenheim ein Ankerzentrum für Flüchtlinge eröffnet und eingerichtet werden soll. Die Gemeinde Rott am Inn hat circa 4.000 Einwohner. Das Gebäude am Eckfeld 10 liegt in einem gut laufenden Gewerbegebiet. In unmittelbarer Nähe der Immobilie, um die es geht, befindet sich eine Spedition mit einigen hundert Lkw. Die Gewerbegebäude sind in Betrieb; das Gewerbegebiet ist aus den 70er-Jahren und größtenteils mit Betriebsleiterwohnungen versehen.

Die Immobilie selbst ist eine ehemalige Lampenfabrik, äußerlich in einem guten und auch geeigneten Zustand. Nach Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft wurde es auf eine Belastung mit Quecksilber untersucht. Diese Belastung ergab zwei Ergebnisse: Ein Raum lag knapp unterhalb der Grenzwerte, ein Raum knapp oberhalb der Grenzwerte. So wurde aus diesem Grund die Belegung von

500 Flüchtlingen auf 300 reduziert, weil die Regierung von Oberbayern und das Landratsamt Rosenheim diese belasteten Räume nicht belegen wollten.

Die Gemeinde Rott am Inn zeigte sich kooperativ und bot Alternativstandorte an, die aus der Sicht der Kommune besser geeignet waren. Leider wurden diese mit einem Kostenargument, dass ein Alternativstandort mit Containern oder eine Traglufthalle viel höhere Kosten erzeugen würde, von der Regierung von Oberbayern und auch vom Landratsamt abgelehnt. Leider konnten wir im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden dieses Kostenargument nicht nachvollziehen, da ich als Berichterstatter den Mietvertrag auch nicht nur zur Einsicht erhalten habe, was erstaunlich war.

Die Gemeinde Rott am Inn und auch die Bürgerinitiative machten in ihrer Beschwerde geltend, dass die Infrastruktur der Gemeinde Rott am Inn weder von Ab- noch von Frischwasser ausreichend sei, sodass das Landratsamt angeboten habe, mit Tanklastzügen Frischwasser hin- und Abwasser abzufahren. Wir hatten im Beschwerdeausschuss großes Verständnis für das Dilemma zwischen Landrat, Regierung von Oberbayern und den Örtlichkeiten. Im Landkreis Rosenheim befindet sich in der Gemeinde Bruckmühl und in der Gemeinde Raubling jeweils eine Schulturnhalle im Eigentum des Landkreises Rosenheim; sie sind seit über zwei Jahren mit 180 Flüchtlingen belegt. Das führt natürlich in der Schulfamilie zu Verwerfungen.

Wir haben hier nicht die durchaus misslungene Migrationspolitik der letzten Jahre zu diskutieren. Es geht hier um Menschen; die Menschen sind nun einmal im Land, und wir müssen sie menschenwürdig unterbringen. Wie der Präsident schon erläutert hat, hatten wir uns in einer sehr sachlichen Diskussion fraktionsübergreifend auf das Votum gemäß § 80 Nummer 3 BayLTGeschO, Überweisung der Eingabe als Material mit Übersendung von Text und Protokoll, geeinigt. Bei Text und Protokoll legten wir Wert darauf, ein zweites Gutachten mit Materialprüfung über die Quecksilberbelastung des Gebäudes einzufordern; im ersten Gutachten wurde nur die Luft gemessen.

Ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die wirklich sachliche Diskussion in dieser heiklen Angelegenheit bedanken. Warum die AfD das jetzt auf die große Bühne zieht, werden wir im Anschluss sehen und hören. Es ist eigentlich traurig; die Motivation der AfD ist klar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Oh!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Kollege Dr. Harald Schwartz für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, bitte.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Bürgerinitiative, die heute in großer Zahl hier sind, um sich die Debatte auch live anzuhören! Vielen Dank, dass Sie da sind und sich für ein wichtiges Thema einsetzen. Ich darf eines vorweg sagen: Wir sind hier mit Problemen konfrontiert, die wir zu lösen haben, die an anderer Stelle verursacht wurden. Wir haben Menschen bei uns, um deren Wohl wir uns natürlich Sorgen machen müssen. Niemand möchte, dass die zu uns Gekommenen heute Nacht draußen schlafen und keine Unterbringung haben. Wir brauchen also Raum. Wir haben jetzt eine Situation, wo Turnhallen bereits belegt werden mussten und wir Lösungen finden müssen. Ich könnte als Oberpfälzer sagen, dass die oberbayerischen Regierungsbezirke eh nicht zu viel der Last tragen. Wir alle reiben uns da aneinander. Jeder sieht beim anderen noch Möglichkeiten, jemanden unterzubringen.

Was aber überhaupt nicht geht, ist das, was hier von der Seite, die das hochgezogen hat, gespielt wird, nämlich mit Emotionen und mit unsachlichen Argumenten zu versuchen, parteipolitisches Kapital daraus zu schlagen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Adressiert an die Vertreter der Petenten: Wir alle hier haben größtes Verständnis für Ihr Anliegen, und ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich Ihnen

sage, dass ich auch zumindest kritisch wäre und mir die Sachen genau anschauen würde, wenn in meiner Nachbarschaft im Augenblick das Ziel wäre, eine solche Einrichtung anzusiedeln. Das ist mehr als verständlich. Jeder von uns hier wäre glücklich, wenn wir sie heute nicht mehr bräuchten. Aber wir haben nun einmal eine Situation, in der wie sie brauchen.

Sie haben ein paar Vorschläge gebracht. Vielen Dank dafür, dass Sie so sachlich waren, was man möglicherweise tun könnte, und hoffentlich auch in der Diskussion bleiben. Sie haben Alternativgrundstücke vorgeschlagen; das ist billigenswert, und das hat man sich auch angeschaut. Ich habe da auch Gespräche mit Regierung und Landratsamt geführt. Dort wurde mir berichtet, man habe die Alternativstandorte geprüft, sei aber zu dem Ergebnis gekommen, dass das deutlich kostenintensiver wäre. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sei es schlicht nicht möglich, hier auszuweichen. – Das ist für Sie alles andere als befriedigend.

In einem nächsten Schritt hat man dann die ursprünglich geplanten 500 Plätze auf 300 Plätze reduziert. Auch das ist noch nicht das Ergebnis, das Sie sich wünschen. Aber wir brauchen im Augenblick Kompromisse. Jeder von uns verfolgt die internationalen Nachrichten, was da alles los ist und was sich so ergibt. Jeder von uns hofft, dass sich die Lage möglichst bald entspannt. Aber wir haben gerade in diesem Landkreis schon ganz große Herausforderungen zu bewältigen. Es ist vorhin vom Kollegen Lausch, dessen Berichterstattung grundsätzlich völlig richtig war, gesagt worden, dass in diesem Landkreis bereits zwei Turnhallen belegt sind.

Ich darf das noch einmal sagen; der Kollege Winhart spricht dann im Anschluss. – Wissen Sie, Herr Kollege Winhart, Sie machen es sich schon auch leicht, zu leicht.

(Lachen des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie wenden ein, es gebe eine Quecksilberbelastung, und deswegen machten Sie sich Sorgen um die dort Untergebrachten. Sie wenden ein, die Wasserversorgung sei nicht

so, wie man sich das vorstelle, und sie wenden ein, verkehrstechnisch sei das nicht so erschlossen und nicht der richtige Standort. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der GRÜNEN und der SPD)

In Kolbermoor, unweit von dem Standort, um den es jetzt gerade geht, war geplant, eine Pflegeeinrichtung anzumieten; das habe ich den Medien entnommen. Dagegen haben Sie sich sehr vehement eingesetzt, weil eine Pflegeeinrichtung, die gut genug für alte Menschen war, für andere nicht gut genug war. Nein, da hat es nicht gepasst. Das heißt: Egal, wo man etwas plant, Sie sind grundsätzlich dagegen. Aber wissen Sie, wir müssen mit der Wirklichkeit zurechtkommen. Wir müssen echte Probleme lösen, es geht nicht um ein Wolkenkuckusheim oder darum, was wir uns wünschen. Wir müssen in der Kommunalpolitik vor Ort das Ganze lösen. Bürgermeister, Gemeinderäte, Landräte und Regierungen bemühen sich redlich, ein Problem – ich sage es noch einmal, das wir nicht geschaffen haben und uns auch anders vorstellen würden – zu lösen. Sie streuen dann schon Sand ins Getriebe, wenn Sie sich jedem Lösungsweg verschließen.

(Widerspruch bei der AfD)

An die Adresse der GRÜNEN gerichtet: Frau Sowa, ich bin sehr froh, dass Sie von Ihrem ursprünglichen Ansatz, für Berücksichtigung zu votieren, abgerückt sind. Ich bin da, ehrlich gesagt, schon erschrocken. Wir können nicht so tun, als könnten wir für eine Bürgerinitiative vor Ort etwas lösen, was wir einfach nicht lösen können. Wir werden von dem Beschluss gemäß § 80 Nummer 3 BayLTGeschO, Material, heute nicht abrücken können. Es muss aber unser gemeinsames Anliegen sein, dass dieses Problem spätestens nach dem 23. Februar auch auf Bundesebene eine Lösung findet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Kollege Winhart hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege, Sie haben mir vorgeworfen, dass ich es mir einfach machen würde. Ich glaube, wer es sich hier einfach macht, das sind Sie. Sie haben ein bisschen über Aussagen von mir zu irgendwelchen Asylprojekten im Internet recherchiert. Da geht es noch ein bisschen weiter. 500 Personen in Warngau finde ich übrigens auch zu viel. Das möchte ich nur anmerken.

Wenn Sie sich ein bisschen informiert hätten, dann wüssten Sie, dass der Standort Bruckmühl mit der Turnhalle mit Rott am Inn überhaupt nicht gegengerechnet wird. Die Bruckmühler sind selber aktiv geworden und stellen jetzt selber Container auf. Das muss man wissen, wenn man hier so tut, als hätte man von der Region oder von dem Fall Ahnung. Man hätte sich die Petition wenigstens einmal anschauen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Winhart, war das jetzt ernst gemeint? Soweit ich es nämlich verstanden habe, war das nicht ernst zu nehmen.

(Widerspruch bei der AfD)

In Bruckmühl wird im Augenblick eine neue Einrichtung für 170 Personen errichtet. Das wird die Lage nur unmaßgeblich entspannen, weil bei ursprünglich – –

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie haben eine Frage gestellt. Wenn Sie nicht zuhören wollen, dann reden Sie mit Ihren Leuten und bleiben Sie in Ihrer Kammer und in Ihrer Blase.

Also, 170 Leute. Im Augenblick haben wir einen Bedarf für 500 Leute. Wenn wir in Rott am Inn zurückgehen, was im Augenblick die Planung ist, auf unter 300, dann reichen die 170 in Bruckmühl gerade einmal so, um den aktuellen Bedarf zu decken.

Das ist mir sehr wohl bekannt. Aber ich habe auch nirgends vernommen, dass Sie die Einrichtung in Bruckmühl willkommen heißen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Daniel Halemba um das Wort gebeten.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, geschätzte Petenten auf der Zuschauertribüne! Von Bairawies in Oberbayern bis Berlin-Neukölln, von Lichtenau in Mittelfranken bis Leipzig: An so vielen Orten hören wir heute von Protesten gegen bestehende oder geplante Asylanten- und Flüchtlingsunterkünfte. Ja, es ist ein Problem von bundesweiter Bedeutung, dem wir gegenüberstehen. Diesen Zusammenhang möchte ich Ihnen auch bewusst machen, wenn wir hier die gegenständliche Petition aus Rott am Inn verhandeln.

Mein geschätzter Fraktionskollege Winhart wird sich als örtlich zuständiger Abgeordneter noch eingehend mit der Situation vor Ort befassen und das Versagen des Landratsamtes Rosenheim thematisieren; denn es geht hier wahrlich um viele besorgte Bürger: Es sind nun fast 5.000 besorgte Bürger allein in Rott am Inn. Es sind im ersten Jahr dieser Legislaturperiode nicht weniger als zehn Petitionen dieser Art im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden eingegangen. Hören Sie die Stimme der Bürger, und nehmen Sie die Sorgen der Bevölkerung ernst!

(Beifall bei der AfD)

Aber bitte kommen Sie den Bürgern nicht mit abgegriffenen Gemeinplätzen. Ich zitiere aus einer Erklärung der Staatsregierung zu einer ähnlichen Petition:

"Inwiefern durch eine Unterkunft von Geflüchteten und asylsuchenden Menschen an dieser Stelle eine Gefährdung der Bewohner des Ortes gegeben sein soll, ist nicht nachvollziehbar."

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, lesen Sie denn keine Zeitung? Wie zynisch müssen solche Sätzen in den Ohren der Opfer oftmals sexualisierter, migrantischer Gewalt klingen? Wie müssen sich die Angehörigen und Familien der Opfer fühlen, wenn sie solche Sätze lesen? Bestimmt wird unsere weise Staatsregierung darauf verweisen, dass gerade dieser Tage der syrische Machthaber Assad gestürzt wurde und die Bundesinnenministerin deshalb prompt alle Entscheidungen über Asylanträge syrischer Staatsangehöriger ausgesetzt hat und damit dieses Problem gelöst sein sollte.

Sie wissen aber doch selbst genau, dass sich diese Lage so nicht entspannen wird. Die §§ 18, 19, 22 bis 26, 60 und nicht zuletzt der sogenannte Chancenaufenthalt in § 104 des Aufenthaltsgesetzes sind doch nahezu darauf angelegt, jedem am Ende hier irgendwie einen Aufenthalt zu ermöglichen oder wenigstens eine Kettenduldung, die dann doch in einen Aufenthaltstitel mündet.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Halemba, es geht um die Petition zum Gewerbegebiet Ankunftseinrichtung in Rott am Inn. Ich bitte Sie, konkret zu diesem Tagesordnungspunkt und zu dieser Eingabe zu sprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daniel Halemba (AfD): Man muss ja die bundespolitischen Zusammenhänge verstehen. Man muss wissen, weshalb die Situation so angespannt ist, wie sie nun ist, und es die Folgen in Rott am Inn gibt.

Geschätzte Kollegen, hören Sie diesen Weckruf. Der berühmte Satz "Wir schaffen das!" hat keinen Bezug zur Realität. Wir brauchen eine radikale Wende in der Asylpolitik. Beginnen wir heute damit. Beginnen wir heute in Rott am Inn damit.

(Beifall bei der AfD – Ein Besucher auf der Tribüne macht Videoaufzeichnungen)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Machen Sie Aufnahmen? Ich bitte Sie, das von der Tribüne aus zu unterlassen. Bitte nehmen Sie dem Herrn auf der Tribüne das Fo-

togerät oder die Kamera ab. Sie sind kein Pressevertreter. – Ich bitte Sie, das Filmen von der Besuchertribüne aus zu unterlassen, ansonsten muss der Besucher von der Tribüne entfernt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Der Kollege Björn Jungbauer hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Björn Jungbauer (CSU): Sehr geehrter Herr Halemba, im Petitionsausschuss pochen Sie immer auf die Rechtslage und die Einhaltung der Gesetze. Jetzt habe ich heute um 12:07 Uhr an der Ecke Sckellstraße/Max-Planck-Straße gesehen, wie Sie über die rote Fußgängerampel gelaufen sind.

(Lachen bei der AfD)

Sie werden ja rot, Herr Halemba, dann scheint es ja zuzutreffen.

(Widerspruch bei der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich wollte Sie fragen, wie Sie das mit Ihrem Rechtsempfinden vereinbaren können.

Daniel Halemba (AfD): Was hat das jetzt mit der Petition zu tun, Herr Jungbauer? Sie pochen doch darauf, bei der Sache zu bleiben.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Im Moment hat der Kollege Jungbauer das Wort.

(Widerspruch bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Kommt da noch etwas zur Sache, Herr Jungbauer?

Björn Jungbauer (CSU): Ja, es kommt noch etwas zur Sache. Wie bringen Sie dieses Verhalten mit Ihrer Einschätzung zu Ihrem Rechtsverhältnis in Zusammenhang, im Kontext mit Rott am Inn? Sie haben im Ausschuss auch auf die Rechtslage verwiesen und darauf, diese einzuhalten. Ich würde Sie um eine Antwort bitten.

(Vereinzelter Beifall)

Daniel Halembe (AfD): Also gut, es kam wohl doch nichts mehr zur Sache. Der Applaus von Ihrer Fraktion ist auch dürftig. Es hat nur die eine Kollegin geklatscht. Vielleicht liegt es daran, dass Sie der Kollege Hofmann vorhin noch davon überzeugen wollte, die Zwischenbemerkung zurückzuziehen. Zur Sache konnten Sie wohl nichts sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb mussten Sie sich jetzt solch schwachsinnige Verstöße und Ordnungswidrigkeiten ausdenken. Ich glaube, damit ist alles gesagt. Herr Jungbauer, Sie lenken hier vom eigentlichen Problem ab. Die CSU ist maßgeblich schuld daran, dass es so gekommen ist.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Josef Lausch, bitte schön.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist die rote Ampel tatsächlich egal. Wenn der Kollege Halembe mit seinem Leben spielen möchte, ist das seine Sache. Mir fällt aber sehr viel mehr auf, lieber Kollege Halembe, dass Sie im Petitionsausschuss sitzen wie ein kleiner Schulbub – auf Bairisch gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man hört und sieht von Ihnen sehr wenig. Jetzt im Podium, auf einer großen Bühne, drehen Sie auf. Das ist tatsächlich als verwerflich anzusehen.

Zwei Punkte sind mir wirklich wichtig: Erstens. Die Bürgerinitiative ROTT ROT(T)IERT distanziert sich auf das Allerschärfste von einer Partei, die qua ihres Namens gar nicht im Bayerischen Landtag sitzen dürfte; denn eine Alternative für Deutschland ist keine Alternative für Bayern. Die Bürgerinitiative distanziert sich auf das Allerschärfste von einem Herrn Winhart und Konsorten.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Der zweite Punkt: Die Gemeinde Rott am Inn und ihr Bürgermeister Daniel Wendrock haben sich immer kooperativ gezeigt. Dies gilt leider nicht für die beteiligten Behörden. Die Gemeinde Rott am Inn will natürlich nichts mit Parteien zu tun haben, die von niederen Beweggründen geleitet werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Lausch, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Winhart vor.

Andreas Winhart (AfD): Werter Herr Kollege Lausch, das war ein humorvoller Beitrag, vor allem, weil Sie für Leute gesprochen haben, für die Sie nicht zu sprechen haben. Diese Leute können sich auch selber äußern.

Sie haben Herrn Kollegen Halemba dafür angegriffen, dass er sich heute im Plenum geäußert hat. Der Petitionsexperte Sepp Lausch hat sich bei "rosenheim24" als Sprecher des Gremiums zitieren lassen. Dabei hat er das Ergebnis "80.3, Material" als das zweitschärfste Schwert bezeichnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns gibt es diese kleinen Übersichten, die Sie alle kennen. Der Beschluss "Material" ist definitiv nicht das zweitschärfste Schwert. Wer in einem Ausschuss sitzt, sollte sich einmal die Verfahren und die Arbeitsweise klarmachen. Wir sprechen hier nicht über Codes, sondern über den § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Winhart, ich weiß nicht, wie umfangreich Ihr Kurzzeitgedächtnis ist. Wir beide haben uns über diesen Artikel unterhalten. Können Sie sich daran noch erinnern? Ich habe Ihnen damals gesagt, dass ich mich gegenüber dieser Journalistin nicht in dieser Weise geäußert habe. Wir wissen, dass die Qualität der Journalisten schwankt. Herr Winhart, Sie haben damals anerkannt,

dass dieser inhaltliche Fehler nicht von mir stammt, sondern auf einem Missverständnis beruht.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Haben Sie eine Richtigstellung beantragt?)

– So dramatisch war es nicht. Ob "80.3, Material" das schärfste, das zweitschärfste oder das drittschärfste Schwert ist, ist doch so etwas von egal. Was zählt: Wir haben uns in einer sachlichen und ausgiebigen Auseinandersetzung bemüht, für die Probleme in Rott am Inn eine Lösung zu schaffen. Dabei haben wir das Maximale herausgeholt. Eine "Berücksichtigung" gibt dieser Fall nicht her, weil das Innenministerium geschrieben hat, dass kein Verfahrensfehler vorliegt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sanne Kurz vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sanne Kurz (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, sehr geehrtes Kollegium! Wir stehen heute eigentlich vor der Aufgabe, eine Petition zu behandeln, über die im zuständigen Ausschuss schon sehr sachlich diskutiert wurde. Herr Dr. Schwartz, wir haben heute Ihre Einlassung gehört. Auch Herr Kollege Lausch hat sehr sachlich berichtet. Als Parlament ist es unsere Pflicht, Petitionen und die Petentinnen und Petenten ernst zu nehmen. Wir müssen die Sorgen und Nöte sehen und nach Lösungen suchen. Das hat der Ausschuss sehr sachlich getan. Heute erleben wir leider, dass die AfD, diese rechtsextreme Lifestyle-Gang,

(Beifall bei den GRÜNEN)

unser Parlament und uns alle missbraucht, um Videos und Social-Media-Material zu erzeugen. Drei Menschen haben von der Tribüne aus gefilmt und fotografiert. Ich bin von Beruf Filmemacherin. Ich weiß, dass man von dort oben leicht die ersten Reihen und die Regierungsbank aufnehmen kann. Es geziemt sich nicht, die Demokratie zu missbrauchen, um eine billige Kulisse für seine rechtsextremen Social-Media-Aktionen zu bekommen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Petentinnen und Petenten, ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen dafür entschuldigen. Sie haben meinen Kolleginnen Claudia Köhler, Gülseren Demirel und Uschi Sowa sowie unseren Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern geschrieben. Wir haben uns alle engagiert und vor Ort mit den Leuten gesprochen. Sie haben immer erklärt, dass Sie sich dagegen verwehren, instrumentalisiert zu werden. Das ist auch Ihr gutes Recht. Es tut mir sehr leid, dass dies wegen des Hochziehens dieser Petition trotzdem passiert ist. Ich hoffe, dass dadurch Menschen, die eine Petition an uns richten wollen, nicht davon abgehalten werden, wenn sie sehen, dass das so missbraucht werden kann.

Ich weiß nicht, ob sich die Petentinnen und Petenten direkt an die AfD gewandt und sie um Hilfe gebeten haben.

(Christoph Maier (AfD): Natürlich!)

Ich glaube das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zur AfD, die nicht an Lösungen, sondern nur an Hass, Hetze und Häme interessiert ist und der es auch nicht um die Menschen geht, weil sie diese am liebsten millionenfach ins Pfefferland schicken würde, haben die demokratischen Fraktionen in diesem Fall konstruktiv und sachgerecht nach Lösungen gesucht. Das zeigt sich unter anderem an dem beschlossenen Votum und an dem Vorschlag, ein zweites Gutachten einzuholen.

Außerhalb dieser Petition möchte ich berichten, was die Fraktionen tun, um die grundlegenden Probleme bei diesem Thema zu lösen.

(Zuruf von der AfD: Zur Sache!)

– Hören Sie zu, dann hören Sie etwas zur Sache. Sie lassen aber hier ausgerechnet Ihren Halemba reden, der so tut, als ginge es ihm um Recht und Gesetz,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zurufe von der AfD: Zur Sache!)

der aber wegen Verdacht auf Unterstützung terroristischer Organisationen, Verdacht auf Geldwäsche, Verdacht auf gemeinschaftliche Nötigung und und und unter Beobachtung steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich versichere Ihnen, nicht nur die GRÜNEN, sondern alle Fraktionen arbeiten an diesem Thema, auch die SPD, auch die FREIEN WÄHLER und auch die CSU. Wir GRÜNEN haben unter anderem versucht, landesweit für die Kommunen Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, zum Beispiel durch die Unterstützung kommunaler Integrationszentren. Ein weiterer Vorschlag war die Schaffung eines Katasters für Landesimmobilien, in denen man Menschen unterbringen könnte, wenn die Kommunen nicht mehr wissen, wo sie sie noch unterbringen sollen.

(Zuruf von der AfD: Zur Sache!)

Wir haben die Belegung des Förderprogramms "Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen" gefordert. Ein weiterer Vorschlag waren Wohnraumbörsen für die private Unterbringung. Ich habe hier drei Seiten mit konstruktiven Lösungen vor mir, allerdings nur noch 29 Sekunden Redezeit, weil ich mich fast zwei Minuten mit den Rechtsextremen hier beschäftigen musste.

Ich hoffe, Sie sehen, dass wir uns alle bemühen, für Sie Lösungen zu finden.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Remigration ist die Lösung!)

Es tut mir sehr leid, dass Ihr Anliegen heute so missbraucht und instrumentalisiert wurde. Ich hoffe, wir finden uns nicht alle auf TikTok wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Halemba vor.

Daniel Halemba (AfD): Frau Kurz, Sie haben jetzt minutenlang die Zeit dieses Parlaments für Ihre linksextremistische Hetze gegen uns missbraucht. Sie haben kein einziges Wort zur Sache gesprochen. Das können Sie auch nicht, weil Sie nicht an den Beratungen des Ausschusses beteiligt waren. Sie haben gesagt, Sie hätten die Stimmung im Ausschuss aufgegriffen.

(Sanne Kurz (GRÜNE): Das habe ich nie gesagt! Das ist gelogen!)

Ich möchte Ihnen deshalb die Gelegenheit geben, eine Minute lang sachlich etwas zur Petition aus Rott am Inn vorzutragen, und Sie bitten, uns nicht weiter zu beleidigen.

(Beifall bei der AfD)

Sanne Kurz (GRÜNE): Es wäre schön, wenn Sie das auch gemacht hätten, Herr Halemba. Sie fühlen sich beleidigt von den Dingen, die mehrere Staatsanwaltschaften gegen Sie ins Feld führen; Sie fühlen sich beleidigt, wenn Sie als Rechtsextremist behandelt werden.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich habe selbstverständlich alle Protokolle gelesen; Sie offenbar nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Daniel Halemba (AfD))

Ich habe selbstverständlich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss geredet. Ich habe nie behauptet – –

(Zurufe von der AfD)

Es ist eine Lüge zu behaupten, dass ich gesagt hätte, die Stimmung im Ausschuss wäre so oder so gewesen. Das ist eine Lüge. Das habe ich nie gesagt. Das werden Sie auch dem Protokoll entnehmen können. Ich möchte Sie bitten, sich hier generell zu mäßigen.

(Lachen bei der AfD)

Ich stelle fest, Sie haben mich gerade als jemanden verunglimpft, der hier linksextremistische Sachen einbringt.

(Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD: Oh! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sehe, Sie finden das sehr, sehr unterhaltsam, dass Sie jetzt hier noch ein bisschen Material produzieren können. Seien Sie gewiss: Wir wissen uns zu wehren. Auch wir Demokratinnen und Demokraten können Filmchen drehen und sie auf Social Media verwenden.

(Anhaltende Unruhe – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Oh, wir haben schon Angst vor Ihnen, Frau Kurz!)

– Jetzt bin ich mal gespannt, ob Sie Angst vor uns haben. Da werden Sie sich noch mal umgucken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, bitte ich, bei den Beiträgen die Würde des Hohen Hauses zu achten. Das gilt für alle,

(Widerspruch bei der AfD-Fraktion)

– ja für alle –, aber insbesondere natürlich auch für die AfD-Fraktion, Herr Kollege Maier.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD-Fraktion)

Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der vorliegenden Petition geht es um die Funktionalität einer geplanten Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete. Die Beschwerdeführer sehen sich in Sorge über die Aufnahmekapazität der Gemeinde Rott und in Bezug auf die Frage, ob der Standort im Gewerbegebiet für die Schutzsuchenden zumutbar sei.

Im Gespräch mit der Bürgerinitiative im Landkreis Rosenheim, dem Landrat, dem Bürgermeister, Gemeinderäten und dem Regierungspräsidenten haben wir im Beisein von Medienschaffenden die Situation vor Ort ernsthaft, gewissenhaft und transparent für die Öffentlichkeit erörtert. Heute beraten wir erneut, inwieweit die bisherigen Planungen ordnungsgemäß, pflichtgetreu und rechtskonform sind. Das Landratsamt Rosenheim und die Regierung von Oberbayern sind die finalen Entscheidungsträger; es ist nicht der Landtag. Es geht um die konkrete Beratschlagung einer Petition und die Frage, ob die Planungen zulässig und dem Recht entsprechend sind. Der Landtag ist kein Instanzenzug der bayerischen Justiz. Wir greifen auch nicht einer Klage vor, sondern wir geben hier eine Einschätzung nach Treu und Glauben wieder.

Zunächst möchte auch ich mich bei den Petenten der Bürgerinitiative für den Austausch vor Ort bedanken und für das sichtliche Bemühen um einen echten Dialog. Mein besonderer Dank gilt den Petenten für die Erarbeitung des Konzepts Moro – Modellregion Rosenheim. In diesem Schriftstück befassen sich die Autoren mit der Frage einer gerechten Verteilung von Schutzsuchenden auf die Kommunen des Freistaats Bayern.

Tatsächlich hat sich seit der Einbringung des Petitionstexts eine substantielle Veränderung ergeben. Das Landratsamt hat die Zahl der Geflüchteten für die Erstaufnahmeeinrichtung mit Senkung von 506 auf unter 300 deutlich beschränkt. Das entspricht einer Reduzierung von 60 %. Die Petenten waren also aus ihrer Sicht mit ihrer öffentli-

chen Beschwerdeführung bereits durchaus erfolgreich. Eine Reduktion der Aufnahme von Schutzsuchenden bedeutet natürlich auch eine deutliche Reduktion der vorgegebenen Problematiken beim Abwasser.

Die Petenten sind mit Blick auf Rott am Inn der Meinung, dass der beengte Platz in der Unterkunft humanitär unzumutbar und mit den Grundsätzen von mitmenschlicher Solidarität unvereinbar sei. Das kann man subjektiv so sehen. Klar ist aber auch, dass in den bereits existierenden Erstaufnahmeeinrichtungen und Ankerzentren des Freistaats Bayern keine besseren Standards gelten, als dies für Rott am Inn vorgesehen ist. Die allermeisten Ankerzentren und Erstaufnahmeeinrichtungen beherbergen mitunter eine deutlich größere Zahl an Geflüchteten. Mit Rott am Inn haben sie den entlegenen Standort am Rande des Orts in einem Gewerbegebiet oder in einer früheren Kaserne gemeinsam.

Beim Vor-Ort-Besuch haben die Beschwerdeführer gleichermaßen eingeräumt, dass das Erfordernis der Integration bei einer Erstaufnahmeeinrichtung ein gänzlich anderes ist als bei dauerhaften Unterkünften, also eine nachrangige Bedeutung hat; denn die Geflüchteten werden von dieser Drehscheibe aus wenige Wochen später auf dezentrale Unterkünfte verteilt. Eine Integration in die Schulen und Kindergärten der Gemeinde Rott am Inn ist also weder vorgesehen noch notwendig. Dies wird an anderer Stelle stattfinden.

Eine unzumutbare gesundheitliche Belastung, wie sie aufgeführt wird, können wir nicht feststellen, und wir können dem Landrat und dem Regierungspräsidenten nicht unterstellen, dass sie die gesetzlichen Regelungen wissentlich und willentlich missachten und zulasten von Geflüchteten auslegen.

(Beifall bei der SPD)

Der Beschwerdeführung, die geplante Erstaufnahmeeinrichtung sei für die Geflüchteten humanitär inakzeptabel, kann mit Blick auf die seit Jahren gängige Praxis im Freistaat objektiv kaum Folge geleistet werden. Die Planungen entsprechen bei allen rele-

vanten Kriterien den üblichen Standards. Das Landratsamt und die Regierung von Oberbayern setzen für Rott am Inn keine anderen Maßstäbe, Normen und Prinzipien an, als dies andernorts der Fall wäre. Die Planungen erfolgen augenscheinlich regelkonform und getreu den Bundes- und Landesgesetzen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Herr Kollege Winhart, bitte.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vertreter der Bürgerinitiative! Warum haben wir diese Petition heute noch einmal zur Beratung ins Plenum hochgezogen? – Es ist ganz einfach:

(Zuruf von den GRÜNEN: Um Stimmung zu machen!)

Diese Petition ist mit einem Votum nach § 80 Nummer 3 "Material" nicht so entschieden worden, wie sie hätte entschieden werden müssen, nämlich mit "Berücksichtigung". Woran liegt das?

Das Vorgehen des Landratsamts Rosenheim – das sehe ich anders als der Kollege Rinderspacher – war einfach grundfalsch. Man hat im Sommer 2023 mit dem Immobilieneigentümer verhandelt. Man hat einen Vertrag geschlossen, der, wie Kollege Lausch richtigerweise gesagt hat, immer noch geheim gehalten wird. Selbst für Mitglieder des Bayerischen Landtags wird er bis heute geheim gehalten. Dann hat man die Tinte trocknen lassen und bis zum Tag der Landtagswahl gewartet. Am 09.10., am Tag nach der Landtagswahl, hat man es bekannt gegeben; zuvor hat sich der Bürger in Rott richtig entschieden – für die Partei, die er bisher gewählt hat, aber in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr wählen wird.

Was ist daran jetzt schlimm? – Man hat nicht mit der Gemeinde Rott gesprochen. Man hat sich nicht Gedanken gemacht, als die Tinte noch nicht trocken war, als sie noch

nicht auf dem Vertrag war: Wie schaut es aus mit dem Abwasser? Wie schaut es aus mit dem Trinkwasser? Wie viele Leute bringen wir überhaupt rein? Wie schaut es aus mit der Quecksilberbelastung? – All das kam erst im Nachhinein.

Wenn man nach Treu und Glauben kaufmännisch vorgegangen wäre, hätte man erst geprüft, ob es überhaupt möglich ist, und hätte dann den Vertrag unterschrieben, meine Damen und Herren. Das ist das Verwerfliche an der Vorgehensweise des Landratsamts Rosenheim. Das muss man dem Landrat Otto Lederer wirklich vorwerfen. Das war der Fehler im Kern. Alles, was danach kam, um die Sache irgendwie zu retten, zu glätten und irgendwelche Alternativen zu finden, war recht und schön. Aber die Petition ist im Kern – an dieser Stelle im Gewerbegebiet, unter diesen Voraussetzungen, mit diesem Vertrag – mit "Berücksichtigung" nach § 80 Nummer 3 und nicht mit "Material" zu entscheiden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD)

Sie haben Moro angesprochen. Die Bürgerinitiative hat sich tolle Gedanken gemacht. Ja, diesen Teil kann man der Staatsregierung für die zukünftige Gesetzgebung als "Material" mitgeben; das kann man machen. Aber das eigentliche Kernanliegen, nämlich die Asylunterkunft in Rott nicht an dieser Stelle zu schaffen, sondern vielleicht eine Alternative in einer anderen Gemeinde zu suchen oder einen alternativen Standort in der Gemeinde Rott zu bevorzugen, haben Sie vollkommen übersehen. Das ist mit "Berücksichtigung" zu bescheinigen und mit nichts anderem. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die CSU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Dr. Schwartz zu Wort gemeldet.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Winhart, Sie haben gerade die Frage gestellt: Warum haben wir diese Petition heute hoch-

gezogen? – Sie hätten das auch in den letzten Monaten, Wochen und Jahren tun können. Ganz klar: wegen des Wahltermins 23. Februar – Punkt. Das ist der Grund, warum Sie die Petition hochziehen, nicht das Wohl der Betroffenen, nicht die Bürgerinitiative, nicht die Leute vor Ort, sondern das sind schlicht wahltaktische Gründe.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ich glaube, eines sind wir allen schuldig, egal, von welcher Seite Sie sich dem Thema nähern: Rückkehr zur Sachlichkeit.

(Christoph Maier (AfD): Rückkehr nach Hause!)

Die allermeisten hier sind in der Lage – wir sind Berufspolitiker –, Emotionen zu schüren: Jetzt können wir einheizen und sagen, ja, da müssen wir was machen, hurra und tralala. – Aber dann kommen wir zur Wirklichkeit zurück. Dann überlegen wir uns, welche Möglichkeiten wir haben. – Herr Halemba, wir haben nicht die Möglichkeit, die Asylgesetzgebung im Bayerischen Landtag zu ändern.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Schwartz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Winhart zu?

Dr. Harald Schwartz (CSU): Gleich danach. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Asylgesetzgebung im Bayerischen Landtag zu ändern. Sie machen den Leuten ein X für ein U vor. Wir haben die Möglichkeiten, die uns die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags gibt. Hier gibt es nun einmal die Möglichkeit festzustellen, dass das, was die Verwaltung getan hat, billigenswert und richtig ist und politisch als in Ordnung beurteilt wird. Es gäbe auch die Möglichkeit zu sagen, dass das, was die Verwaltung getan hat, falsch ist und wir hier aus politischen Gründen einschreiten müssen. Dazwischen liegen die Möglichkeiten wie die, die wir hier gewählt haben, nämlich zu sagen, wir verstehen das Anliegen und suchen nach besseren Lösungen. Deswegen über-

weisen wir die Eingabe der Staatsregierung als Material, damit wir dieses Problem in Zukunft auf allen Ebenen besser adressieren.

Sie machen den Leuten vor, wir könnten beschließen, dass die Einrichtung nicht kommen wird und alle Asylbewerber morgen wieder heimfliegen müssen. Das können wir nicht. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wissen Sie, wir können im Gemeinderat auch eine atomwaffenfreie Zone in Pjöngjang beschließen. Diese wird aber nicht kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Ernsthaftigkeit der Fragen, um die es hier geht, gebietet, dies klarzustellen. Sie machen den Leuten ein X für ein U vor, und das wird der Lage nicht gerecht. Deswegen werden wir als CSU mit unserem Koalitionspartner auf allen Ebenen versuchen, bessere Entscheidungen und Situationen auch und gerade für die Menschen vor Ort zu erreichen.

(Zuruf des Abgeordneten Daniel Halemba (AfD))

Dabei werden wir die Humanität nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Die AfD-Fraktion hat ihr Kontingent an Zwischenbemerkungen ausgeschöpft.

(Zuruf: Oh!)

Deshalb rufe ich Herrn Staatsminister Joachim Herrmann ans Rednerpult. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Migration stellt uns zweifellos ungebrochen vor sehr große Herausforderungen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen sowie die Realität in unseren Städten, Landkreisen und kleineren Gemein-

den sehr ernst. Die Neuzugänge von Flüchtlingen waren zuletzt, nachdem sich die Bundesregierung beim Thema Grenzkontrollen wenigstens endlich bewegt hat, etwas rückläufig. Sie sind aber immer noch zu hoch. In diesem Jahr sind bis Ende November bereits rund 29.000 Asylbewerber neu nach Bayern gekommen und darüber hinaus noch Tausende von Ukrainerinnen und Ukrainern. Ich sage deshalb sehr deutlich: Die Asyl- und Flüchtlingsunterbringung im Freistaat Bayern ist nach wie vor an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Das spüren die allermeisten Gemeinden in unserem Land täglich.

Die bayerischen Asylbewerberunterkünfte sind bei einer Gesamtkapazität von mittlerweile rund 149.000 Plätzen aktuell zu über 92 % ausgelastet. Nur durch die kontinuierliche und konsequente Gewinnung neuer Unterkünfte durch die Regierungen, Landratsämter und kreisfreien Städte konnten wir die Engpässe bislang einigermaßen meistern. Die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ist Teil dieser Herausforderung. Aktuell sind rund 177.000 Menschen aus der Ukraine im Ausländerzentralregister für Bayern erfasst. Davon haben rund 44.700 einen staatlichen Unterbringungsbedarf. Circa 23.900 befinden sich in regulären Asylunterkünften, die dadurch belegt sind und wiederum nicht für Asylbewerber zur Verfügung stehen. Letztendlich ist also offensichtlich, dass eine echte Asylwende längst überfällig ist. Die Ampel-Regierung in Berlin konnte und wollte diese nicht einleiten. Der verbliebene Rest der Bundesregierung wird diese erst recht nicht zustande bringen.

Das ist der Hintergrund, vor dem sich nun auch diese Diskussion in Rott am Inn bewegt. Wie angesprochen, hat das Landratsamt Rosenheim Ende 2023 eine Gewerbehalle in Rott am Inn angemietet, um dort eine sogenannte Drehscheibe für Asylbewerber einzurichten, zunächst für eine größere Zahl, dann reduziert auf bis zu 300 Bewohnerinnen und Bewohner. Diese werden sich jeweils eine relativ kurze Zeit dort aufhalten, bevor sie dann in kleinere Unterkünfte im Landkreis weiterverteilt werden. Diese Unterkunft ist dringend erforderlich; denn die Situation im Landkreis Rosenheim ist schwierig. Der Landkreis Rosenheim liegt aktuell deutlich unter der Quote,

die er eigentlich an Flüchtlingsunterkunftsplätzen organisieren müsste. Das Landratsamt Rosenheim betreibt in Bruckmühl und Raubling aktuell jeweils eine Turnhalle als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, und das notgedrungen schon seit mehreren Jahren. Dass die Schulfamilien und der Breitensport auf diese Turnhallen verzichten müssen, ist überaus unangenehm und nicht länger tragbar. Die Unterkunft in Rott am Inn dient als Ersatz für diese zwei Turnhallen.

(Zuruf von der AfD: Falsch!)

Ich will auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass, wenn einer über die Qualität der Unterkunft spricht, die Unterbringung von Flüchtlingen auf solchen Bettgestellen in einer Turnhalle auf jeden Fall das noch viel schlechtere Niveau ist, als wenn nun gewerbliche Räume für die Unterbringung der Menschen hergerichtet werden. Der Landkreis Rosenheim muss hier also etwas bewegen.

Ich sage klar: Wir können über jeden Standort und jede Unterkunft in Bayern eine Diskussion beginnen, ob man irgendwo ein paar Kilometer weiter eine noch bessere Unterkunft schaffen könnte oder das schon vor fünf Jahren anders hätte regeln können und dergleichen mehr. Ich kann nur sagen, ich bin dankbar dafür, dass die allermeisten unserer Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Verantwortung wahrnehmen, nicht deswegen, weil sie davon begeistert sind, solche Unterkünfte zu schaffen, sondern weil sie genauso wie die Mehrheit in diesem Hohen Haus auch der Meinung sind, dass es im Moment einfach so ist, und dass wir die Menschen nicht einfach auf der Straße stehen lassen können, sondern sehen müssen, dass wir sie irgendwo einigermaßen vernünftig unterbringen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das, was an konkreten Problemen aufgezeigt wurde, ist in der Tat geprüft worden. Durch ein unabhängiges Gutachten wurde eine Quecksilberbelastung geprüft. Aus dem Ergebnis wurden die nötigen Konsequenzen gezogen, sodass keiner der Flücht-

linge einer unzulässigen Belastung ausgesetzt wird. Ich wundere mich über Ihre Ausführungen. Ich kann leider nicht überprüfen, ob es bei Ihnen in der Tat üblich ist, vor jedem Mietvertrag erst einmal grundsätzlich eine Quecksilberüberprüfung durchzuführen. Dafür hat es keinen Anlass gegeben. Dann kam ein konkreter Hinweis bzw. ein Verdacht auf, und man hat diese Überprüfung durchgeführt. Zu meinen, es sei der normale Standard, eine solche Überprüfung vor jeder Anmietung durchzuführen, ist meines Erachtens etwas ungewöhnlich.

Wie auch immer, es ist jetzt geprüft worden. Die Wasser-Abwasser-Problematik wird vom Landratsamt im Verbund mit den Nachbargemeinden gelöst. Die Unterbringung wird sich gegenüber der jetzigen Situation in den Turnhallen deutlich verbessern. Die Sporthallen in Raubling und Bruckmühl werden für die sportliche Nutzung wieder frei. Ich bin dankbar, dass sich der Landtagsausschuss für Eingaben und Beschwerden vor Ort ein eigenes Bild gemacht hat. Ich war schon am 25. März dieses Jahres vor Ort und habe mir das angesehen. In vielen Schreiben haben mir die Bürgerinnen und Bürger aus Rott am Inn ihre Sorgen und Bedenken geschildert, die ich auch nach wie vor sehr ernst nehme. Ich habe aber auch viele Zuschriften aus Raubling und Bruckmühl erhalten, wo sich junge Menschen genauso wie deren Eltern darüber beschwert haben, dass sie schon seit Langem darunter litten, keine Sporthalle mehr zur Verfügung zu haben. Auch das müssen wir ernst nehmen.

Dieser Landtagsausschuss hat kein Fehlverhalten der Behörden erkannt und hat dies mit den Stimmen der Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN, GRÜNEN und SPD bestätigt.

Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern aus Rott am Inn noch einmal sagen: Uns begeistert die jetzige Situation auch nicht. Wir brauchen dringend eine grundlegende Änderung der europäischen Asylpolitik. Wir müssen zu einer Reduzierung der Gesamtflüchtlingszahlen kommen. Aber diese Entscheidungen fallen auf Bundes- und europäischer Ebene. Wir können diese Auseinandersetzungen nicht auf dem Rücken der einzelnen Flüchtlinge, die in unserem Land angekommen sind, austragen.

(Beifall des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (GRÜNE))

Deshalb müssen wir für eine menschenwürdige Unterbringung sorgen. Ich glaube, dass wir hier zu einer vernünftigen Behandlung kommen können. Ich bin dankbar, dass das in Aussicht steht. Wir werden die Belegung dieser Räume, die immer nur übergangsweise genutzt werden, bis die Flüchtlinge in dezentrale Unterkünfte weitergeleitet werden können, so gering wie möglich halten.

Aber klar ist: Nur indem wir zu jeder neuen Unterkunft Nein sagen, lösen wir die Probleme nicht. Ich bitte deshalb das Hohe Haus, das Votum des Ausschusses heute zu bestätigen. Dann lassen Sie uns im neuen Jahr gemeinsam weiter daran arbeiten, die Belastungen aus der Gesamtflüchtlingssituation in unserem Land weiter zu reduzieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich teile mit, dass die AfD-Fraktion soeben namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Unruhe)

Dadurch entsteht eine Wartezeit – außer wir einigen uns darauf, dass wir morgen Früh über diese Petition namentlich abstimmen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja! – Zuruf von der AfD: Heute! – Robert Brannekämper (CSU): Machen wir es gleich! – Dr. Harald Schwartz (CSU): Mach es jetzt! – Weitere Zurufe)

– Okay. Wir haben heute auch kein festes Sitzungsende. Dann unterbreche ich die Sitzung so lange, bis die Wartezeit abgelaufen ist, und wir nehmen sie wieder auf, um die Abstimmung durchzuführen.

(Unterbrechung von 15:02 bis 15:16 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf, um die Abstimmung zum aktuellen Tagesordnungspunkt durchzuführen. Nach dem Bayerischen Petitionsgesetz und der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag der Staatsregierung als Material zu überweisen und der Petentin die Stellungnahme der Staatsregierung sowie einen Protokollauszug zu übersenden.

Wir führen die Entscheidung über diese Frage in namentlicher Abstimmung elektronisch durch. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Die Abstimmzeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15:17 bis 15:20 Uhr)

Drei Minuten sind um. Die Abstimmzeit ist abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung. Wir ermitteln kurz das Ergebnis, um es noch bekannt zu geben und dann die Sitzung für heute zu schließen und Sie alle in die Vorbereitungen für den heutigen Abend zu entlassen.

(Unterbrechung von 15:20 bis 15:22 Uhr – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte noch einmal um Ruhe und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Eingabe betreffend "Einwände gegen geplante Ankunftseinrichtung im Gewerbegebiet ‚Am Eckfeld 10‘ in Rott am Inn" auf der Drucksache EB.0164.19 bekannt. Mit Ja haben 139 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 27. Stimmenthaltungen gibt es keine. Damit wurde der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Restnachmittag und einen schönen Abend.

(Schluss: 15:22 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2024 zur Eingabe betreffend Einwände gegen geplante Ankunftseinrichtung im Gewerbegebiet "Am Eckfeld 10" in Rott am Inn (EB.0164.19)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel	X		
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker	X		
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Becher Johannes	X		
Beck Tobias	X		
Becker Barbara	X		
Dr. Behr Andrea	X		
Behringer Martin	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bötl Maximilian	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert	X		
von Brunn Florian	X		
Dr. Brunnhuber Martin	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc	X		
Dr. Dietrich Alexander	X		
Dietz Leo	X		
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen	X		
Dr. Ebner Stefan	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Fackler Wolfgang	X		
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Freudenberger Thorsten	X		
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian	X		
Frühbeißer Stefan	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert	X		
Gerlach Judith			
Gießübel Martina	X		
Glauber Thorsten			
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias	X		
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred	X		
Groß Johann	X		
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick	X		
Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang	X		
Heinisch Bernhard	X		
Heisl Josef	X		
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim	X		
Hierneis Christian	X		
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar		X	
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin	X		
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzing er Stephan	X		
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton	X		
Roon Elena		X	
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta	X		
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	139	27	0